A6: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken

Einreichende: Jessica Herrmann, Tammo Thyselius, Benjamin Sittig, Kevin Ehser, Mareike Sorg, Nortia Heurtebise, Robin Irmer, Natascha Kalantar, Noah Groß, Robby Aydin, Jessica Sommer, Alli Zahn, Luca Doll

Unterstützende: Dirk Apitz, Sascha Göttert, Leyla Kluge, Tom Knappstein, Maximilian Luck, Florian Luginger, Stefan Nagel, Bosse Rosenow

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig versteht sich als Mitgliederpartei. Unsere politische Stärke entsteht nicht allein in Vorständen, Fraktionen, Abgeordnetenbüros oder Wahlstäben. Sie entsteht dort, wo Mitglieder diskutieren, Erfahrungen aus ihren Stadtteilen einbringen, unterschiedliche politische Positionen miteinander abwägen und gemeinsam Entscheidungen treffen. Deshalb wollen wir die Beteiligung der Mitglieder bei grundlegenden politischen und strategischen Entscheidungen verbindlich stärken.

Nicht jede Entscheidung kann und muss von der gesamten Mitgliedschaft getroffen werden. Gewählte Vorstände müssen arbeitsfähig sein, Mandatsträger*innen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen und im politischen Alltag muss manchmal schnell gehandelt werden. Aber dort, wo es um grundlegende Weichenstellungen, das politische Profil unserer Partei oder Entscheidungen mit langfristigen Folgen geht, darf Beteiligung nicht erst beginnen, wenn die Entscheidung faktisch bereits gefallen ist.

Der Stadtvorstand wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden, Zusammenschlüssen und der Stadtratsfraktion Verfahren zu entwickeln und umzusetzen, durch die wichtige politische Entscheidungen früher, transparenter und verbindlicher mit der Mitgliedschaft diskutiert werden.

1. Grundsatzentscheidungen frühzeitig in die Partei geben

Bei politischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Mitgliedschaft möglichst vor einer abschließenden Positionierung durch Stadtvorstand oder Stadtratsfraktion informiert und einbezogen werden. Dazu zählen insbesondere Entscheidungen,

- die das politische Profil der Partei in einer zentralen Frage betreffen,
- die langfristige Folgen für die Stadt haben,
- bei denen innerhalb der Partei deutlich unterschiedliche Positionen bestehen,
- die größere strategische Entscheidungen für Wahlkämpfe oder Bündnisse beinhalten,
- oder die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können.

Je größer die politische Tragweite einer Entscheidung ist, desto größer muss auch die Möglichkeit der Mitglieder sein, an ihrer Entstehung mitzuwirken.

2. Mitgliederforen vor wichtigen Entscheidungen

Bei solchen Grundsatzfragen sollen stadtweite Mitgliederforen stattfinden. Dort müssen

unterschiedliche Positionen tatsächlich zu Wort kommen können. Die Mitglieder sollen frühzeitig über die Ausgangslage informiert werden. Verschiedene Positionen und mögliche Alternativen sollen nachvollziehbar dargestellt werden. Es muss ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussion geben. Die Ergebnisse sollen anschließend für die Mitglieder dokumentiert werden.
Wo es sinnvoll ist, sollen auch schriftliche Beiträge und digitale Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden. Wer aufgrund von Arbeit, Sorgearbeit, Krankheit oder anderen Verpflichtungen nicht an jeder Parteiveranstaltung teilnehmen kann, darf deshalb nicht von politischer Beteiligung ausgeschlossen sein.

3. Der Basis ein eigenes Initiativrecht geben

Nicht allein der Stadtvorstand soll entscheiden können, welche Frage wichtig genug für eine stadtweite Debatte ist. Wenn mindestens zwei Stadtbezirksverbände oder eine festzulegende Zahl von Mitgliedern dies verlangen, soll der Stadtvorstand ein stadtweites Mitgliederforum zu dieser politischen Frage einberufen.

Bei besonders weitreichenden Grundsatzfragen soll außerdem geprüft werden, ob eine Mitgliederbefragung oder, soweit Satzung und rechtliche Rahmenbedingungen dies ermöglichen, ein Mitgliederentscheid durchgeführt werden kann.

4. Kandidat*innenfindung transparenter gestalten

Die Diskussion um unsere Kandidatur zur Oberbürgermeister*innenwahl 2027 hat gezeigt, dass eine formale Abstimmung allein noch keine umfassende Beteiligung garantiert. Bei verschiedenen Diskussionsveranstaltungen in den Stadtbezirksverbänden wurde von Mitgliedern kritisiert, dass lange unklar war, wie die Kandidat*innenfindung abläuft, nach welchen Kriterien mögliche Kandidat*innen bewertet werden und welche Möglichkeiten es für Mitglieder gibt, selbst eine Kandidatur anzustreben. Gerade neu eingetretene Mitglieder berichteten, dass der Prozess für sie nur schwer nachvollziehbar war und sie erst sehr spät erfuhren, wie die Kandidat*innenfindung vorbereitet worden war.

Für zukünftige Kandidaturen von besonderer politischer Bedeutung soll deshalb gelten:

- Der Zeitplan und das Verfahren der Kandidat*innenfindung werden frühzeitig veröffentlicht.
- Alle Mitglieder werden rechtzeitig per Informationsmail und, wo sinnvoll, zusätzlich durch eine Informationsveranstaltung darüber informiert, wie das Verfahren abläuft und wie sie selbst ihr Interesse an einer Kandidatur erklären oder sich um eine Kandidatur bewerben können.
- Die politischen Anforderungen an eine Kandidatur werden frühzeitig mit der Mitgliedschaft diskutiert.
- Mitglieder erhalten rechtzeitig die Möglichkeit, mögliche Kandidat*innen kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren.
- Empfehlungen des Stadtvorstandes werden nachvollziehbar begründet.
- Eine Empfehlung darf die politische Debatte und die Entscheidung der zuständigen Mitgliederversammlung nicht vorwegnehmen.

Wir wollen Mitglieder nicht erst dann mobilisieren, wenn Plakate geklebt, Haustüren besucht und Infostände besetzt werden müssen. Wer einen Wahlkampf tragen soll, muss auch die Möglichkeit haben, seine politische Ausrichtung mitzugestalten.

Das gilt auch nach der Kandidat*innenaufstellung. Der Stadtverband, vertreten durch den Stadtvorstand, soll regelmäßig offene Strategie und Auswertungsrunden durchführen. Stadtbezirksverbände und aktive Basisstrukturen sollen feste Möglichkeiten erhalten,

Vorschläge einzubringen und bei wichtigen Schwerpunktsetzungen des Wahlkampfs mitzuwirken. Wir begrüßen, dass die Kritik der Intransparenz wahrgenommen wurde und es nun beim OBM-Wahlkampf vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung gibt. Unser Anspruch, eine Mitmachpartei zu sein, darf nicht beim Wahlkampfmaterial enden. Er muss sich auch in unseren eigenen Strukturen zeigen.
5. Einen jährlichen kommunalpolitischen Ratschlag schaffen

Mindestens einmal im Jahr soll ein offenes Treffen zwischen Mitgliedern, Stadtvorstand und Stadtratsfraktion stattfinden. Dabei soll es nicht in erster Linie um eine einzelne anstehende Entscheidung gehen. Dafür sind die Mitgliederforen vorgesehen. Der kommunalpolitische Ratschlag soll vielmehr einen Raum schaffen, um frühzeitig über größere Vorhaben, absehbare Konflikte und politische Schwerpunkte des kommenden Jahres zu sprechen.

Mitglieder sollen dort erfahren können, welche wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen bevorstehen und welche Fragen sich aus Sicht der Fraktion und des Stadtvorstandes abzeichnen. Gleichzeitig sollen Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse und einzelne Mitglieder eigene Themen und Konflikte einbringen können, die aus ihrer Sicht stärker auf die politische Agenda gehören.

Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, unsere Stadträt*innen zu kontrollieren oder ihnen ihre politische Verantwortung abzusprechen. Es geht darum, politische Debatten früher zu führen und Wissen aus Fraktion und Basis miteinander zu verbinden.

Unsere Stadträt*innen haben Einblicke in parlamentarische Abläufe, Verhandlungen und Sachzwänge. Unsere Mitglieder bringen Erfahrungen aus Stadtteilen, Initiativen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und dem eigenen Alltag mit. Linke Kommunalpolitik wird besser, wenn beides zusammenkommt.

6. Unterschiedliche Positionen zulassen, ohne uns gegenseitig zu beschädigen

Basisdemokratie bedeutet nicht, jeden Konflikt über Pressemitteilungen oder soziale Medien auszutragen. Wir wollen eine politische Kultur, in der Widerspruch nicht als Illoyalität behandelt wird und politische Differenzen nicht zu persönlichen Auseinandersetzungen werden. Unterschiedliche Positionen müssen möglich sein. Persönliche Angriffe, Unterstellungen und öffentliche Abrechnungen helfen dagegen niemandem. Konflikte sollten zuerst dort ausgetragen werden, wo sie politisch produktiv werden können. Das sind unsere Mitgliederversammlungen, Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse, Mitgliederforen und Parteitage.

Nach einer demokratischen Entscheidung müssen unsere gewählten Gremien handlungsfähig bleiben. Gleichzeitig darf Geschlossenheit nicht bedeuten, dass Minderheitspositionen nicht mehr ausgesprochen werden dürfen.
Geschlossenheit entsteht nicht dadurch, dass Konflikte vermieden werden. Sie entsteht dann, wenn wir offen und solidarisch miteinander streiten und am Ende gemeinsam Entscheidungen treffen.

7. Entscheidungsmacht darf nicht von Ressourcen abhängen

Innerparteiliche Demokratie bedeutet auch, dass demokratische Entscheidungsmacht nicht davon abhängen darf, wer über die meisten Ressourcen verfügt. Beschlüsse gewählter Gremien und Gliederungen müssen innerhalb ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit respektiert werden. Sie dürfen nicht dadurch faktisch eingeschränkt, übergangen oder ausgehebelt werden, dass andere Ebenen der Partei über mehr Geld, Personal, technische Infrastruktur, Kommunikationskanäle oder öffentliche Reichweite verfügen.

Unterschiedliche Ebenen und Strukturen unserer Partei verfügen zwangsläufig über unterschiedliche Möglichkeiten. Daraus darf aber keine unterschiedliche demokratische Wertigkeit ihrer Entscheidungen entstehen. Ein demokratisch gefasster Beschluss darf nicht deshalb weniger Gewicht haben, weil die Menschen, die ihn getroffen haben, weniger hauptamtliche Unterstützung oder geringere finanzielle und kommunikative Mittel zur Verfügung haben.

Ressourcen sollen demokratische Arbeit ermöglichen und unterstützen. Sie dürfen nicht darüber entscheiden, welche demokratisch legitimierte Position sich innerhalb der Partei faktisch durchsetzen kann.

Wo Entscheidungen nach Satzung bei einem bestimmten Gremium oder einer bestimmten Gliederung liegen, muss dieses Entscheidungsrecht auch praktisch bestehen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.

Begründung:

Die Linke ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Viele Menschen sind unserer Partei beigetreten, weil sie sich nicht damit abfinden wollen, dass Politik über ihre Köpfe hinweg gemacht wird. Sie wollen nicht nur wählen. Sie wollen sich einmischen, diskutieren, organisieren und gemeinsam etwas verändern. Diesen Anspruch müssen wir auch an uns selbst stellen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass wir an mehreren Stellen besser werden müssen.

Die Diskussion um die Olympiabewerbung berührt grundlegende linke Fragen. Wem gehört die Stadt? Wofür geben wir öffentliche Mittel aus? Wer trägt wirtschaftliche Risiken? Was bedeutet ein solches Großprojekt für Mieten, soziale Infrastruktur und Breitensport? Innerhalb der Linken gibt es dazu starke kritische Positionen bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung einer Olympiabewerbung. Es wurde darauf verwiesen, dass solche Großveranstaltungen häufig mit hohen öffentlichen Kosten, Verdrängung, steigenden Mieten und fehlender demokratischer Kontrolle verbunden sind. Die dort formulierte Schlussfolgerung lautet deshalb klar: Soziale Infrastruktur und Breitensport müssen Vorrang vor einem internationalen Prestigeprojekt haben. Gerade bei einer Frage mit so weitreichenden Folgen braucht es eine breite Debatte in der Partei. Es reicht nicht, über Beteiligung zu sprechen, wenn politische Grundentscheidungen vorher nur von wenigen vorbereitet werden.

Ähnliches gilt für das Capa-Wäldchen. Unsere Stadtratsfraktion hat versucht, in einer schwierigen Situation zwischen dem Erhalt der Kleinmesse, den Interessen von RB Leipzig und ökologischen Anforderungen einen Weg zu finden. Gleichzeitig gibt es innerhalb unserer Partei deutlichen Widerspruch gegen jede Rodung oder Veräußerung des Waldstücks. Für viele Genoss*innen geht es hier um eine grundsätzliche Frage. Dürfen öffentliche Grünflächen zur Verhandlungsmasse werden, wenn ein finanzstarker Verein und der dahinterstehende Konzern Erweiterungswünsche anmelden? Mitglieder aus der Basis wünschen sich deshalb ausdrücklich eine breite parteiinterne Debatte. Damit verbunden ist auch eine klare politische Forderung: Das Capa-Wäldchen soll erhalten bleiben, eine Rodung oder Teilrodung soll es nicht geben und die Renaturierung des Elsterbeckens darf nicht gegen den Erhalt des Waldes ausgespielt werden. Dass es innerhalb unserer Partei unterschiedliche Einschätzungen gibt, ist nicht das Problem. Eine Partei lebt von politischen Auseinandersetzungen. Problematisch wird es, wenn diese Auseinandersetzungen erst stattfinden, nachdem politische Entscheidungen bereits weit fortgeschritten sind.

Auch die Diskussion um unsere OBM-Kandidatur hat gezeigt, dass wir zwischen einer formalen Abstimmung und tatsächlichen Möglichkeiten zur Beteiligung unterscheiden müssen. Natürlich entscheidet am Ende die dafür zuständige Mitgliederversammlung über eine Kandidatur. Aber demokratische Beteiligung beginnt nicht erst mit dem Stimmzettel. Sie beginnt bei der Frage, wie Kandidat*innen gesucht werden, welche politischen Erwartungen an sie gestellt werden, wer selbst kandidieren kann und wie Mitglieder rechtzeitig von diesen Möglichkeiten erfahren. Wir wollen keine Partei sein, in der wenige Menschen Politik entwickeln und viele sie anschließend umsetzen. Unsere Mitglieder sind keine Wahlkampfressource. Wir alle sind die Partei.

Eine sozialistische Partei, die gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern will, muss auch in den eigenen Strukturen demokratische Beteiligung ernst nehmen. Wir können nicht glaubwürdig dafür kämpfen, dass Menschen mehr Einfluss auf ihr Arbeitsleben, ihre Stadt und gesellschaftliche Entscheidungen bekommen, wenn wir in unserer eigenen Partei politische Beteiligung zu oft auf nachträgliche Information beschränken.

Mehr Basisdemokratie macht uns nicht handlungsunfähig. Im Gegenteil. Wer an einer Entscheidung beteiligt war, kann sie eher nachvollziehen, mittragen und nach außen vertreten. Und wer mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist, muss trotzdem wissen, dass die eigene Stimme gehört wurde. Eine starke Linke braucht deshalb keine möglichst stille Basis. Sie braucht Mitglieder, die informiert sind, sich einmischen und gemeinsam um die richtige politische Linie ringen.

Niemals alleine, immer gemeinsam darf nicht nur eine Phrase sein!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: